

AKTUELL

FAHRRADFAHREN

Sécher mam Vélo op d'Schaff?

Joël Adami

Anfang der Woche begann die alljährliche Aktion „Mam Vélo op d'Schaff oder an d'Schoul“ (MVOS). Zusätzlich startete das Mobilitätsministerium eine Informationskampagne zum Sicherheitsabstand von anderthalb Metern.

Seit dem 15. Mai heißt es also wieder „Mam Vélo op d'Schaff oder an d'Schoul“. Alle Menschen, die in Luxemburg arbeiten oder zur Schule gehen, sind aufgerufen, diesen Weg bis zum 31. Juli möglichst oft mit dem Fahrrad zurückzulegen. Dieses Jahr ist es auch erlaubt, einen Teil der Strecke mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen, ganz im Sinne der Multimodalität. Ziel ist es, die individuelle Nutzung des Autos zu reduzieren und Gewohnheiten aufzubauen, die im Idealfall nach dem 31. Juli beibehalten werden sollen.

Um möglichst viele Menschen zum Radfahren zu bringen, lockt das Mobilitätsministerium mit Preisen: In drei Kategorien gibt es Einkaufsgutscheine im Wert von insgesamt 12.000 Euro zu gewinnen. Trotz Wahlkampfjahr ist das Budget für die Gewinne um 1.000 Euro geringer als noch 2022. Preise gibt es für je drei Teams und Einzelpersonen, die per Los gezogen werden. Um teilnahmeberechtigt zu sein, muss man sich auf mvos.lu anmelden und mindestens 15 Tage lang mit dem Rad fahren. Teams können aus zwei bis zehn Personen bestehen. In diesem Fall gibt es eine*n Kapitän*in, der*die die zurückgelegten Kilometer auf der Website einträgt.

Anderthalb Meter für Töchter und Väter

Die dritte Kategorie hat gar nicht so viel mit Radfahren zu tun: Der „Social Media Award“ wird an die drei Fotos mit den meisten Likes auf Instagram vergeben. Die Fotos müssen öffentlich gepostet und mit dem Hashtag #MVOS2023 versehen sein. Wer also bereits viele Follower*innen auf Instagram hat, hat demnach eine Starthilfe. Bedenkt man, dass „Likes“ für relativ wenig Geld gekauft werden können, wirkt die ganze Kategorie wie eine eher unbeholfene Idee, MVOS auf Instagram populärer zu machen.

Radneulinge werden womöglich feststellen, dass die Luxemburger Straßen alles andere als fahrradfreundlich sind. Wo keine separate Infrastruktur besteht, muss man sich die Straße mit vielen Autos teilen. Wenn

Autofahrer*innen Radfahrer*innen überholen, müssen sie einen Mindestabstand von 1,5 Meter halten. Diese Regelung gilt seit 2018, in der Praxis wird sie jedoch selten eingehalten und deren Missachtung kaum geahndet, weil der Polizei die „nötigen Hilfsmittel“ fehlen (siehe woxx 1687).

Nun soll eine Kampagne unter dem Motto „Gesäis de mech?“ helfen, Autofahrer*innen an die anderthalb Meter zu erinnern. Das Ministerium versucht mit Sprüchen wie „Dës Vëlosfuererin ass engem seng Duechter“ oder „Dëse Vëlosfuerer ass engem säi Papp“, daran zu erinnern, dass Radfahrer*innen Menschen mit Familien sind. Auf Plakaten, Bussen, Bildschirmen, im Radio, Fernsehen und auf sozialen Netzwerken wird die Botschaft verbreitet. Zufälligerweise ist das Ende der Kampagne auch am 31. Juli, wie bei der MVOS-Aktion.

Begeisterte Fahrradfahrer*innen wissen jedoch, dass sie sich nicht auf zeitlich begrenzte Kampagnen verlassen können. Sie brauchen einen langen Atem – nicht nur zur Meisterung von Steigungen, sondern auch im politischen Kampf für bessere Infrastruktur. Eine besonders beliebte Aktionsform ist die „Critical Mass“, eine Fahrraddemo, bei der im Verband eine Strecke abgefahren wird. Am vergangenen Sonntag fand in Bertrange die erste „Kidical Mass“, die familien- bzw. kinderfreundliche Version dieser Rad-demo statt.

Ziel ist es, Kindern die Freude am Radfahren zu vermitteln und auf den Bedarf an sicherer Fahrradinfrastruktur aufmerksam zu machen. Die nächste Veranstaltung dieser Art findet bereits am kommenden Sonntag, dem 20. Mai, in Düdelingen statt. Ab 15 Uhr trifft sich die Organisation „Vélo Diddeleng“ auf dem Platz „Am Duerf“ zur gemeinsamen Radtour. Wenn die Botschaft ankommt und bessere Fahrradinfrastrukturen gebaut werden, braucht es demnächst vielleicht keine Kampagnen mehr, die darauf aufmerksam machen, dass auf dem Fahrrad Menschen sitzen – und vielleicht auch keinen MVOS mehr.

SHORT NEWS

Jungfräulichkeit-Zertifikate verbieten

(is) – Die Sozialarbeiterin Enji Ismaili Sandra Dessi verlangt ein klares Zeichen gegen Jungfräulichkeit-Zertifikate und ruft derzeit mittels einer Petition zum Verbot auf. Dessi steht beruflich mit Jugendlichen in Kontakt, unter anderem mit Schwangeren und jungen Müttern. Sie und ihre Kolleg*innen würden regelmäßig von minder- und volljährigen Frauen kontaktiert, deren Familien sie zum Jungfräulichkeit-Test zwingen würden. Manche wollen einen jährlichen Beweis, andere fordern das Zertifikat aufgrund einer neuen heterosexuellen Beziehung oder wegen Gerüchten ein. Dabei kümmert es die Familien nicht, dass sich die Jungfräulichkeit nicht verlässlich medizinisch feststellen lässt, von den psychologischen Folgen und dem zutiefst sexistischen Charakter des Vorgehens ganz zu schweigen. Dessi bedauert, dass Luxemburg seit 2013 über einen Aktionsplan für sexuelle und affektive Gesundheit verfügt, nicht aber über ein explizites Verbot, entsprechende Zertifikate auszustellen. Zwar gibt es nach einem Bericht der WHO aus dem Jahr 2018 keine dokumentierten Fälle in Luxemburg, doch sowohl der Ex-Gesundheitsminister Étienne Schneider (LSAP) als auch seine Nachfolgerin Paulette Lenert (LSAP) schlossen die Existenz solcher Zertifikate in parlamentarischen Anfragen zum Thema nicht aus. Lenert vertraut ihrerseits auf die Kompetenz des medizinischen Personals und plädiert für Sensibilisierung. Daten zu den Betroffenen gibt es nicht. Die Petition kann noch bis Mitte Juni auf petitionen.lu unterzeichnet werden.

Bettelverbot verboten

(ja) – Am vergangenen Dienstag informierte Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) im Rahmen einer Pressemitteilung, dass Betteln in Luxemburg-Stadt erlaubt bleibt. Die Abänderung der kommunalen Polizeiverordnung, die der hauptstädtische Gemeinderat am 27. März beschlossen hatte, könne aus juristischen Gründen nicht umgesetzt werden. Seit Anfang des Jahres gibt es eine neue Prozedur, bei der das Innenministerium kommunale Polizeiverordnungen auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft. Das Bettelverbot sei weder mit nationalem noch mit internationalem Recht vereinbar, so Bofferding. Bereits wenige Stunden später reagierte der DP-CSV-Schöff*innenrat von Luxemburg-Stadt: Man werde die Entscheidung des Innenministeriums vor dem Verwaltungsgericht anfechten. Die nationale Gesetzeslage sei nicht so eindeutig, wie Bofferding dies behauptete. LSAP, Déi Gréng und Déi Lénk, im hauptstädtischen Gemeinderat in der Opposition, begrüßten hingegen die Entscheidung der Innenministerin. Von dem Verbot des Bettelverbots sind auch andere Gemeinden betroffen, denn auch Düdelingen, Diekirch und Ettelbrück haben Passagen in ihren Polizeiverordnungen, die ebenfalls gestrichen werden müssen.

Gemeindewahlen: Flora, Fauna und faire Bananen

(lm) – Mobilität, Landwirtschaft, Natur- und Ressourcenschutz greifen ineinander, suggeriert das Cover des vergangene Woche veröffentlichten Flyers von Natur & Umwelt im Vorfeld der Gemeindewahlen. Mit zehn Seiten fällt das (uns nur als PDF vorliegende) Dokument bescheidener aus als das 156-seitige „Wahlprogramm“ des Mouvement écologique. Wie diese NGO stellt auch Natur & Umwelt eine Art Executive Summary an den Anfang, der unter anderem die vier Kapitel in jeweils einem Satz zusammenfasst, zum Beispiel: „Naturschutz – für eine Gemeinde im Einklang mit Flora und Fauna“. Die restlichen sieben Seiten des Flyers dagegen enthalten durchaus konkrete Aussagen dazu, wie zukunftsfähige und nachhaltige Gemeindepolitik aussehen kann. Dass die NGO bereit ist, etablierte Denkweisen im Naturschutz in Frage zu stellen, zeigt sich an Forderungen wie der, angesichts der Dimension des nationalen Waldbestands keine Hack-schnitzelanlagen mehr zu errichten. Eine klare Aussage zur Umstellung auf Biolandbau und Ausstieg aus der Rinderhaltung gibt es nicht, dafür aber ein Bekenntnis zu Gemeinschaftsgärten und dem Solawi-Modell (bekannt durch die Gemüsekörbe oder Biokisten). Die NGO spricht sich für „vegetarische Alternativen“ aus; dabei sollen aber „die Faktoren bio, lokal und saisonal respektiert werden“. Für Produkte wie Kaffee und Bananen (Soja wird nicht erwähnt) reiche es, auf anerkannte Label zu achten. Der Flyer von Natur & Umwelt kommt spät, dank seiner Überschaubarkeit kann er aber noch Einfluss auf die Wahlkampf-Debatten nehmen.